

klipp & klar

Anian Liebrand

EDU in Aktion

LU: 48 Personen waren anwesend, als am 19. August 2026 im Restaurant Rössli in Ruswil die EDU des Kantons Luzern gegründet wurde. Mit der Wahl des Restaurant Rössli knüpft die EDU Luzern bewusst an einen Ort an, der die christlich geprägte politische Geschichte des Kantons Luzern entscheidend geprägt hat. Das Ziel der neu gegründeten EDU-Sektion ist, den christlichen Werten im Kanton Luzern wieder den Stellenwert zu geben, der ihnen gebührt.

Der frisch gewählte Präsident der EDU Luzern, Hansjörg Roth, sagte: «Wir wollen einer christuszentrierten Politik im Kanton Luzern wieder eine Stimme geben und damit Verantwortung für die Zukunft unseres Kantons übernehmen.» Besondere Schwerpunkte setzt die EDU Luzern als Familienpartei sowie in einer Bildungspolitik, die Wissen, Orientierung und Eigenverantwortung vermittelt. Mit der Gründung beginnt der langfristige Aufbau der EDU Luzern. Die Partei beteiligt sich aktiv an der politischen Meinungsbildung und ist offen für den Dialog sowie für Kooperationen mit Parteien und politischen Akteuren, welche ihre Ziele teilen.



Der Vorstand der EDU Kanton Luzern
(Präsident Hansjörg Roth in der Mitte)

Weitere Infos: www.edu-schweiz.ch/edu-luzern

SZ: Am 3. September 2026 wurde die EDU Kanton Schwyz gegründet. Damit bekommt der Kanton Schwyz eine Partei, die für eine christuszentrierte Politik steht und christliche Werte in Gesellschaft und Politik einbringen möchte. Der gewählte Vorstand freut sich, diesen neuen Weg gemeinsam zu gehen und Verantwortung für den Kanton Schwyz und unser Land zu übernehmen.

Mit der offiziellen Gründung der Schwyzer Kantonalsektion ist die ist damit in der Innerschweiz in den Kantonen Zug (seit 2025), Luzern (August 2026) und Schwyz mit Kantonalparteien vertreten.



Der Vorstand der EDU Kanton Schwyz
(Präsident Walter Liebich ganz rechts im Bild):

Weitere Infos: www.edu-schweiz.ch/edu-schwyz

Petition: «Keine Gratisabtreibungen durch die Hintertüre!»

Die EDU Schweiz hat gemeinsam mit der Stiftung Zukunft CH, HLI-Schweiz, dem Marsch fürs Läbe sowie dem Verein Jugend und Familie eine Petition an Bundesrat, National- und Ständerat sowie das Bundesamt für Gesundheit (BAG) lanciert. Hintergrund: Das BAG will Abtreibungen künftig von Franchise und Selbstbehalt befreien – Schwangerschaftsabbrüche würden damit faktisch zur «Gratisleistung» der obligatorischen Krankenversicherung.

Die Petition fordert, dass die Krankenkassen für Abtreibungen aus selektiven oder psychosozialen Gründen weiterhin eine Kostenbeteiligung verlangen können. Ausgenommen bleiben sollen einzig Abbrüche aus somatischen Gründen, bei denen das Leben der Mutter nicht anders gerettet werden kann, sowie palliative Geburten. Die Petition unterstützt überdies die Motion 25.4135 von EDU-Nationalrat Erich Vontobel, die dieselbe Stossrichtung verfolgt.

Unterschreiben dürfen alle in der Schweiz wohnhaften Personen – unabhängig von Staatsbürgerschaft und Alter – sowie Auslandschweizer.

Jetzt unterzeichnen auf www.fuer-gerechtigkeit.ch!